

## NATIONALPARK EGGE

Jetzt entscheiden Bürgerinnen und Bürger!

### AKTUELLES

Freiheit für die Wisente

Klimastreik für besseren ÖPNV

PFAS-Produktion beendet

EGGEBIRGE BESONDERS GEEIGNET

# EIN NATIONAL-PARK FÜR OWL

Die Landesregierung hat das Verfahren für einen zweiten NRW-Nationalpark aus der Hand gegeben. Doch jetzt entscheiden die Bürger\*innen selbst.



**ADALBERT NIEMEYER-LÜLLWITZ**

ist Mitglied im Vorstand des BUND NRW

**In Bürgerentscheiden wird jetzt über die Einrichtung eines zweiten Nationalparks in Nordrhein-Westfalen abgestimmt. Dabei hatte die von CDU und Grünen getragene Landesregierung das ursprünglich anders geplant.**

Im Koalitionsvertrag wurde die Absicht zur Errichtung eines weiteren Nationalparks

fest vereinbart. So wolle man einen wirklichen Beitrag zur Bekämpfung der Biodiversitätskrise leisten. Mit der Benennung von sechs potenziell geeigneten Gebieten wurde im Sommer 2023 dazu ein „Interessenbekundungsprozess“ gestartet. Regionen sollten sich bis März 2024 bewerben können. Voraussetzung: Positive Beschlüsse der kommunalen Gremien. Doch es kam anders, bis Ende März lag keine Bewerbung vor. Denn die Regierungspartei CDU arbeitet mit ihren regionalen Ablegern konsequent gegen diesen Plan. Bis April kam es so zu zahlreichen ablehnenden Kreistagsbeschlüssen. Scheitert damit die Initiative für einen zweiten Nationalpark? Der BUND hat das Verfahren von Beginn an kritisiert. Die Ausweisung eines Nationalparks in NRW ist eine landesweite Aufgabe, die letztendlich vom Land NRW entschieden werden muss, also vom gewählten Landesparlament und nicht von Kreistagen. Die Zivilgesellschaft, insbesondere die Natur- und Umweltschutzverbände, wurden bisher nur unzureichend beteiligt. Und die örtlichen Parlamente folgten mit ihren CDU-Mehrheiten bisher lautstarken Lobbygruppen besonders aus der Holzwirt-



schaft, der Jagd und der Landwirtschaft. Dabei wurde auch ganz gezielt durch Verbreitung von Falschinformationen Stimmung gegen den Nationalpark gemacht.

## BÜRGER\*INNEN PRO NATIONALPARK

Dort, wo Kreistage einen Nationalpark ablehnten, wurden aber schnell Bürgerbewegungen aktiv, starteten Bürgerbegehren. Schon sehr früh und erfolgreich gelang das in Ostwestfalen, in den Kreisen Höxter und Paderborn. Hier liegt mit über 12.000 Hektar das vom Land NRW für eine Nationalparkausweisung angebotene größte Staatswaldgebiet: das Eggebirge. Zusammen mit Senne und Teutoburger Wald gehört die Egge zu einem anerkannten „Hotspot der Artenvielfalt“. Die Egge erfüllt alle naturschutzfachlichen Voraussetzungen für einen Nationalpark. Mit Beschluss seiner Landes-





Foto: Günter Beckwinkel

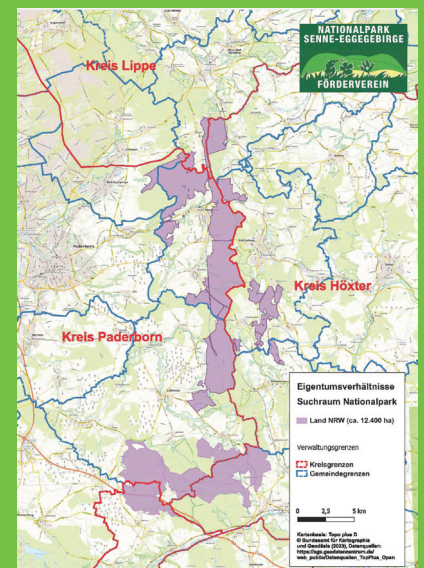


Foto: M. Koenig

## Eggegebirge als Nationalpark geeignet

Die naturschutzfachliche Eignung des Eggegebirges als Nationalpark steht seit einem LÖBF-Gutachten von 2005 außer Frage. Der ca. 12.200 Hektar große Staatswald ist bereits weitgehend als Naturschutzgebiet ausgewiesen. Das Eggegebirge ist mit seinen Wäldern, Felsklippen, Höhlen, Mooren, Quellen und Bächen Lebensraum für weit über 200 gefährdete und seltene Arten der Roten Liste. Zahlreiche Pflanzen- und Tierarten kommen in NRW nur in der Egge vor. Zudem liegen hier schon die beiden größten Wildnisgebiete des Landes NRW. Die potenzielle Fläche wäre mit der Senne und dem Teutoburger Wald optimal in den Verbund von schützenswerten Biotopen eingebunden. Ein Biotopverbund für Arten wie Wildkatze, Schwarz- und Mittelspecht, Schwarzstorch und Haselhuhn, der von Bielefeld bis in den benachbarten Hochsauerlandkreis reicht.

**Alle Infos zum Nationalpark Egge:**  
[www.egge-nationalpark.de](http://www.egge-nationalpark.de)



delegiertenversammlung hat der BUND deshalb eine Nationalparkbewerbung der Egge unterstützt.

### ÜBER 24.000 UNTERSCHRIFTEN

In nur neun Wochen haben breite Bündnisse in den Kreisen Höxter und Paderborn mehr als 24.000 Unterschriften für eine Nationalpark-Bewerbung gesammelt. Die Anzahl für den Erfolg erforderlicher Unterschriften wurden damit weit überschritten. Danach waren die Kreistage erneut am Zuge: Sie hatten die Wahl, dem Bürgerbegehren zu folgen und eine Nationalpark-Bewerbung zu unterstützen. Oder einen Bürgerentscheid durchzuführen. Wie erwartet dürfen jetzt in diesen beiden Kreisen Bürger\*innen direkt über ein „Ja zum Nationalpark“ abstimmen. Das Verfahren wird wie eine Briefwahl durchgeführt.

Um alle abstimmungsberechtigten Menschen zur erreichen, hat sich das Nationalpark-Bündnis in Ostwestfalen neu auf-

gestellt. Unter dem Motto „WILDSCHÖN - Ja! zum Nationalpark Egge“ wurde eine medienwirksame Kampagne gestartet. Auch alle sieben BUND-Kreisgruppen in OWL machen mit, zusammen mit den anderen Natur- und Umweltverbänden der Region und einigen unterstützenden Parteien.

Die Landesregierung wünschte sich für die beabsichtigte Einrichtung eines zweiten Nationalparks in NRW eine breite Beteiligung der Bürgerschaft.

Die hat sie jetzt bekommen – demokratisch und auf direktem Wege. Mit einem Bürgerentscheid „Ja! zum Nationalpark Egge“ können die Bürgerinnen und Bürger der Kreise Höxter und Paderborn jetzt selbst entscheiden, ob sich ihre Kreise beim Land NRW um die

Ausweisung eines Nationalparks bewerben sollen. Damit besteht die einzigartige Chance, dass erstmal in der deutschen Nationalparkgeschichte ein solches Großschutzgebiet über Bürgerentscheide auf den Weg gebracht werden kann.



## ARTENVIELFALT

# FREIHEIT FÜR DEN WISENT

Wie wild ist der Wisent? Diese Frage wird jetzt vor Gericht entschieden. Der BUND will die Freilassung der einzigen wildlebenden Herde in NRW erreichen.



39 wilde Wisente durchstreiften das Rothaargebirge. Jetzt wurden sie rechtswidrig eingesperrt.

**Über 10 Jahre war es das einzige Naturschutzprojekt Nordrhein-Westfalens mit internationaler Strahlkraft: die erste Wiederansiedlung des Wisents in Südwestfalen und damit in Westeuropa. Doch nun ließ das Umweltministerium die streng geschützten Tiere einfangen. Dagegen klagt der BUND.**

Der Wisent (*Bos bonasus*) war bis zu seiner Ausrottung im Mittelalter flächendeckend in Deutschland verbreitet. Als Art überlebte er global nur in Gestalt von 12 gehaltenen Tieren. Von diesen stammen alle heute lebenden Wisente ab, sodass die genetische Verarmung nach wie vor eine Bedrohung darstellt. Die Wiederansiedlung und damit die Populationsentwicklung unter natürlichen Bedingungen ist eine wesentliche Voraussetzung für den Arterhalt. Daher hat ab 1940 eine wachsende Zahl europäischer Staaten Wisente wieder angesiedelt.

## SCHLÜSSELART FÜR BIOLOGISCHE VIELFALT

Als Schlüsselart ist der Wisent, wie andere Huftierarten auch, von entscheidender Bedeutung für die biologische Vielfalt: mit seinem Verbiss und seinen Hufen stellt er ausgestorbene Ökosysteme wieder her,

sein Kot und seine Kadaver begründen ganze Nahrungsnetze. Er ist außerdem Motor der Biotopvernetzung, spielt bei der Wiederausbreitung unzähliger anderer Arten eine zentrale Rolle.

Dies war wohl nicht das Hauptmotiv des seinerzeit größten Privatwaldbesitzers in NRW, Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg, als er seine Fläche ab 2003 für die einzige deutsche Wiederansiedlung zur Verfügung stellte. "Aber es war eine Pionierleistung, die der staatliche Naturschutz selbst in den hierfür vorzusehenden Nationalparks bis heute nicht zustande bekommen hat", sagt der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht.

Nach dem Freilassen von acht Tieren in 2013 entwickelte sich der Bestand prächtig, 38 der derzeit 39 Tiere sind in Freiheit geboren und aufgewachsen. Aber wegen des Schärens von Bäumen standen die Wisente zunehmend unter dem Beschuss benachbarter Waldbesitzer. Im Juli 2021 erreichten diese mit einem Gerichtsurteil, dass die Wisentherde ihre Forste nicht mehr betreten darf. Dies erzeugte erhöhte Aufwendungen, die den Trägerverein 'Wisent-Welt Wittgenstein' in die Insolvenz zwangen. "Obwohl die Wiederansiedlung nach 10 Jahren erfolgreich abgeschlos-

sen werden konnte, steht der staatliche Naturschutz seitdem vor der wilden Herde wie das Kaninchen vor der Schlange," so Sticht.

Drei Millionen Euro hat allein das Land NRW im Laufe der Jahre in das Projekt gesteckt. Nun will ausgerechnet der Bündnis 90-Grüne Naturschutzminister Oliver Krischer die Wiederansiedlung beenden: nochmal wurde investiert, diesmal um die Tiere einzufangen. Vorsätzlich ignorierend, dass es sich um eine streng geschützte Art handelt.

Dagegen geht der BUND mit einer Klage vor. "Die erfolgreiche Wiederansiedlung des Wisents ist in Zeiten der sich zuspitzenden Biodiversitätskrise ein Meilenstein. Deswegen sind die wild lebenden Tiere unverzüglich wieder freizulassen", begründet Sticht den Schritt vor Gericht. Dabei gehe es nicht allein um Artenschutz. Es gehe auch darum, die Restauration unserer Ökosystemvielfalt sowie einen effektiven Biotopverbund für das Schutzgebietsnetz zu ermöglichen. Dafür ist unser Land zuständig und zu verpflichten.



**MEHR ZUM THEMA**  
[www.bund-nrw.de/wisent](http://www.bund-nrw.de/wisent)



Für Manche ist das Reh der Feind des Waldes. Dabei ist eher die Jagd das Problem.

## WALDENTWICKLUNG

# DIE MÄR VOM BÖSEN REH



**HOLGER STICHT**

ist Vorsitzender des BUND NRW

**F**orstlobbyisten unterstellen heimischen Huftierarten, sie würden den Wald auffressen und müssten daher noch stärker verfolgt werden. Tatsächlich geht es allein um den Schutz forstlicher Anlagen und einer längst überkommenen Forstwirtschaftspraxis.

Tatort Bad Honnef: die Stadt will auf ihren Flächen einen Mindestabschuss von 12 Rehen pro 100 Hektar und Jahr als Grundbedingung der Jagdausübung verlangen, darüber hinaus weitere Bewegungsjagden veranstalten sowie für weitere Abschüsse eine Kopfprämie von 100 Euro zahlen. Leider nur eines der Beispiele dafür, dass die forstwirtschaftliche Hetze auf Huftiere eskaliert. Das Absurde daran: die Eingriffe werden damit begründet, dass der „Wald“

vor Rehen geschützt werden müsste.

### SEIT 5.000 JAHREN WIEDER HEIMISCH

Die nacheiszeitliche Wiederbesiedlung Mitteleuropas erfolgte durch das Reh mindestens 5.000 Jahre früher als beispielsweise durch die Rotbuche. Und unsere Huftierfauna war bis zu ihrer weitgehenden Ausrottung im Mittelalter diverser: neben Reh und Wildschwein gehörten in NRW Rothirsch, Pferd, Wisent, Ur und Elch dazu. Für die Entwicklung unserer heimischen Waldökosysteme und ihrer Biodiversität waren diese eine Grundvoraussetzung.

“ Die Waldwende mit Jagdverzicht sowie Wald- statt Forstwirtschaft ist Teil des notwendigen gesellschaftlichen Wandels hin zur Nachhaltigkeit.”

Dass einheimische Huftierarten nicht Ursache für Konflikte im Wald sein können, zeigen im Übrigen die jagdfreien Gebiete, in denen es keine Probleme mit der Baumvermehrung gibt - aber eben auch Waldökosysteme anstelle von Aufforstungen und eine Populationsdynamik ohne Eingriffe. Beispiele sind divers, vom 40 Hektar kleinen BUND-Betreuungsgebiet Dellbrücker Heide bis zum 17.000 Hektar großen Schweizerischen Nationalpark. Ursache des Konflikts ist, dass unter „Wald“ auch Plantagen subsumiert werden, durch welche Waldökosysteme weitgehend ersetzt wurden und werden. In diesen flächigen Aufforstungen fehlen unter anderem wegen der maschinellen Bodenbearbeitung und der unnatürlich monotonen Altersstruktur Lebensraumbestandteile, die Naturverjüngung in naturnahen Wäldern Vorteile verschafft: liegendes Totholz in unterschiedlicher Stärke, Ruderalpflanzen und Gehölze mit chemischer und mechanischer Verbissabwehr oder auch der dichte Wuchs, mit welchem sich junge Bäume gegenseitig Schutz bieten.

### DER WOLF IST ZURÜCK - ZUM GLÜCK

Je mehr Huftiere geschossen werden, desto höher die Vermehrungsraten. Denn die Bestände werden vor allem durch Nahrungsverfügbarkeit gesteuert, nicht durch Ausfälle. Seit Jahrzehnten ansteigende Jagdstrecken bei gleichzeitig wachsenden Konflikten zwischen Forstwirtschaft und Jagd – fälschlicherweise „Wald-Wild-Konflikt“ genannt – machen populationsbiologische Mechanismen sichtbar.

Der Wolf ist glücklicherweise zurück. Er reguliert Bestandsgrößen von Huftieren nicht, es funktioniert genau umgekehrt. Konflikte mit dem Wolf resultieren in erster Linie aus mangelhaftem Herdenschutz. Aber wer seine natürliche Beute unnatürlich reduziert, befeuert diese Konflikte.

Die Waldwende mit Jagdverzicht sowie Wald- statt Forstwirtschaft ist Teil des notwendigen gesellschaftlichen Wandels hin zur Nachhaltigkeit. Voraussetzung hierfür ist eine naturwissenschaftsbasierte Politik.



Täglich bis zu 4 Kilogramm der Ewigkeits-Chemikalien PFAS wurden in Leverkusen in den Rhein geleitet.

Foto: Paul Kröfges

BUND-ERFOLG IN LEVERKUSEN

## PFAS-PRODUKTION BEENDET

**P**er- und polyfluorierte Alkylsubstanzen, kurz PFAS, sind extrem langlebig. Gelangen die Industriechemikalien in die Umwelt, können sie Böden, Gewässer, Pflanzen und Tiere für Jahrhunderte belasten. Einige stehen sogar im Verdacht, Krebs zu erregen. Der BUND fordert deshalb seit langem ein Verbot. Erster Erfolg: Lanxess in Leverkusen stellt jetzt die PFAS-Produktion ein.

Der kritische Blick des BUND-Wasserexperten Paul Kröfges in die Abwasserwerte der Kläranlage Leverkusen-Bürrig der Firma Currenta brachte es im Herbst 2021 an den Tag: Nach der verheerenden Explosion in deren Sondermüllverbrennungsanlage am 27. Juli 2021 waren nicht nur das verbotene Pestizid Clothianidin mit dem Löschwasser in den Rhein gelangt, sondern auch erhöhte Mengen an PFAS, die bei der Brandbekämpfung eingesetzt wurden. Dies war Anlass für eine genauere Datenauswertung zurück bis 2018. Ergebnis: Auch ohne Katastrophen wurden seit Jahren regelmäßig hohe PFAS-Mengen von Currenta mit dem Abwasser in den Rhein abgeleitet. Im Durchschnitt um die 700, in der Spitze über 4.000 Gramm pro Tag (g/d) - und dies, obwohl seit 2006 in

Nordrhein-Westfalen ein Orientierungswert für die Summe an PFAS von 35 g/d galt, bei dessen Überschreitung Ursachenermittlung und Gegenmaßnahmen eingeleitet werden sollten.

Die PFAS stammen von der Firma Lanxess dessen Produktionsabwässer über die Kläranlage von Currenta, dem Betreiber des sogenannten „Chemieparks Leverkusen“ in den Rhein entsorgt werden. Dies machte sich insbesondere bei den Niederländischen Wasserwerken bemerkbar, die wesentlich auf den Rhein als Trinkwasserlieferant angewiesen sind und die kritischen PFAS darin nachwies. Ein Jahr, nachdem der WDR und in der Folge andere Medien berichteten und Paul Kröfges die zuständige Bezirksregierung aufforderte, endlich für die Einhaltung der Orientierungswerte zu sorgen, zog Lanxess jetzt die Reißleine: Am 1. März 2024 teilte das Unternehmen auf Anfrage des WDR mit, dass die Produktion des PFAS-haltigen Flammenschutzmittels Ende 2023 komplett eingestellt wurde. Begründet wurde dies mit "dem hohen regulatorischen Aufwand" im Zusammenhang mit der PFAS-Produktion. Ein erster Schritt, doch an einem generellen Verbot führt kein Weg vorbei.

## BUND GEWINNT GEGEN LAND NRW

Im Rechtsstreit um den Landesentwicklungsplan hat sich der BUND gegen das Land NRW durchgesetzt. Nach mündlicher Verhandlung hat der 11. Senat des Oberverwaltungsgerichts des Landes in Münster unserem Normenkontrollantrag in weiten Teilen stattgegeben. Etliche Regelungen der noch von der früheren CDU/FDP-Landesregierung verabschiedeten Verordnung zur Änderung des Landesentwicklungsplans wurden für unwirksam erklärt. Eine Revision gegen das Urteil wurde nicht zugelassen.

Die Klage bezog sich auf insgesamt 16 im Landesentwicklungsplan (LEP) zu Lasten von Belangen eines nachhaltigen Natur- und Freiraumschutzes geänderten Ziele und Grundsätze. Zwölf dieser Ziele und Grundsätze wurden jetzt für unwirksam erklärt. Diese Regelungen betreffen insbesondere die Siedlungsentwicklung im Freiraum, die Streichung der Beschränkung des Flächenverbrauchs, raumbedeutsame Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen, Gebiete zum Schutz der Natur, die Errichtung von Windenergieanlagen, die Kraft-Wärme-Kopplung, die Rohstoffsicherung sowie die Hochstufung von Regionalflughäfen. Der BUND hatte insbesondere kritisiert, dass die Änderung des LEP allein der Umsetzung politischer Vorgaben diene, eine Ermittlung und Abwägung der Umweltfolgen aber nahezu vollständig unterlassen wurde. Das Urteil gilt als wegweisend; es handelt sich um die erste Umweltverbandsklage gegen einen Landesentwicklungsplan.



Foto: Dirk Jansen



KLIMASTREIK

## ZUKUNFT BEWEGEN

Gemeinsam mit Fridays for Future und Verdi wirbt der BUND für einen starken ÖPNV. Auch wenn dafür erst gestreikt werden muss.

**T**äglich sind Millionen von Menschen auf den ÖPNV angewiesen, doch politische Hürden bremsen die Entwicklung klimafreundlicher, komfortabler Verkehrsmittel. Auch deshalb gingen wir beim Klimastreik am 1. März auf die Straßen.

Die Landesregierung verspricht in ihrem Koalitionsvertrag, das ÖPNV-Angebot bis 2030 um 60 Prozent zu steigern und eine landesweite Mobilitätsgarantie einzuführen – ein ambitioniertes Ziel. Doch die Bemühungen sind unsichtbar und die Wirkungen bleiben bis jetzt aus. Um die Regierenden in Bund und Ländern an ihre Ziele zu erinnern, demonstrierten am 1. März bundesweit Zehntausende unter dem Motto #WirfahrenZusammen. Gemeinsam mit Beschäftigten im Nah- und Regionalverkehr, Fahrgästen und anderen Klimabewegten zeigten Mitglieder des BUND landesweit Flagge für verbesserte Arbeitsbedingungen und eine höhere Zuverlässigkeit im öffentlichen Nahverkehr.

Insbesondere hierzulande, wo dichte Infrastruktur auf hohe Flächenversiegelung trifft, ist die Notwendigkeit einer Mobilitätswende unübersehbar. Allein in NRW existiert ein überörtliches Straßennetz mit einer Gesamtlänge von 29.000 Kilometern - das entspricht fünf Mal der Entfernung zwischen Lissabon und New York! Und trotzdem fließen noch immer Gelder in Millionenhöhe in Straßen Neu- und Ausbauprojekte.

Der BUND setzt sich für eine Abkehr von der Autozentriertheit ein, hin zu einem attraktiven ÖPNV und einem umweltfreundlichen Mobilitätsnetz. Denn auch 2024 ist der Verkehrssektor mal wieder die größte Klimaschutzpolitische Fehlstelle. Um die Lücke zum Klimaziel zu schließen, wären eine Verdopplung der Kapazitäten im ÖPNV bis 2030 notwendig.



**MEHR ZUM THEMA**  
www.bund-nrw.de/mobilität

## Neu im BUND-Team

Seit Anfang des Jahres ist die Stelle der Referentin für zukunftsfähige Mobilität in der Landesgeschäftsstelle des BUND neu besetzt. Frisch von der Universität kommend und von Hamburg nach Düsseldorf gezogen, bringt Marina Falke frischen Wind in die Fachpolitik. Geboren im Münsterland, studierte sie zuerst Physik an der Ruhr-Universität Bochum, bevor sie NRW kurzzeitig Richtung Norden für ihren Master in integrierter Klimasystemwissenschaft verließ. "Ich war selbst lange ehrenamtlich im Umweltschutz tätig und weiß, was es bedeutet, für eine Sache zu kämpfen. Die Mobilitätswende schreitet so stockend voran, dass es schon manchmal mühselig werden kann. Um meine Motivation aufrechtzuerhalten, erinnere ich mich daran, wie weit wir bereits gekommen sind und wohin wir noch wollen. In meinem Heimatdorf fuhr früher fast kein Bus, und jetzt gibt es alle viertel Stunde eine Verbindung in die Stadt – das bedeutet viel mehr Freiheiten. Aber auch in der Stadt kann und muss sich viel ändern."

### Kontakt:

Marina Falke, Referentin für zukunftsfähige Mobilität, T. 0211 30 200 5-24, [marina.falke@bund.net](mailto:marina.falke@bund.net)



## MEHR ALS 1.000 ARTEN

**D**ank der jahrelangen Pflege der "Bornheimer Obstblütenlandschaft" durch die BUND Kreisgruppe Rhein-Sieg hat sich dort eine bemerkenswerte Artenvielfalt entwickelt. In einer neuen Broschüre stellt der BUND jetzt erstmals die umfangreichen Kartierungsergebnisse vor.

Blühende Streuobstwiesen, Gebüsch, Brombeerhecken, Blumenwiesen, Weiden und ehemalige Sandgruben: Das Mosaik unterschiedlicher Lebensräume ist das Markenzeichen der rund 120 Hektar großen Obstblütenlandschaft Bornheim. Wo Kulturlandschaft so vielfältig ist, ist auch Platz für Artenreichtum: Mehr als 1.000 Pflanzen- und Tierarten wurden inzwischen der Obstblütenlandschaft nachgewiesen, darunter so seltene Arten wie

die Wiesen-Schlüsselblume, der Springfrosch, Steinkauz und Neuntöter, die scheue Wildkatze und eine große Anzahl verschiedener Insekten.

Um die Artenvielfalt zu ermitteln, wurden in den letzten 12 Jahren zahlreiche Gutachten und ehrenamtliche Kartierungen durchgeführt. Neben Säugetieren, Vögeln, Reptilien und Amphibien wurden auch Blütenpflanzen und fünf verschiedene Insektengruppen untersucht, darunter die artenreichen Nachtfalter. Die Er-

gebnisse sind nun aktuell in der reich bebilderten, 54-seitigen BUND-Broschüre „Pflanzen und Tiere in der Obstblütenlandschaft Bornheim“ zusammengefasst. Insgesamt wurden 465 Pflanzenarten, Flechten und Moose sowie 575 Tierarten nachgewiesen. Darunter sind zahlreiche seltene Arten, die in der umgebenden, intensiv genutzten Landschaft kaum noch angetroffen werden. Grundlage für die große Artenvielfalt sind die überwiegend extensive Nutzung des Gebietes sowie die Lebensraumvielfalt. Zu Recht ist dieses „Juwel“ bereits drei Mal als UN-Dekade-Projekt für Biologische Vielfalt ausgezeichnet worden.



► Download unter <https://www.bund-rsk.de/service/publikationen>



## TERMINE

Der BUND-Landesverband und viele BUND-Gruppierungen bieten zahlreiche Seminare, Vorträge und Exkursionen an, so zum Beispiel im Rahmen der Kooperation unter dem Dach der Natur- und Umweltschutzakademie NRW (NUA). Hier finden Sie eine kleine Auswahl.

Alle Termine und weitere Infos: [www.bund-nrw.de/termine](http://www.bund-nrw.de/termine)

|  |  |
|--|--|
| <b>Do. 22.05.</b><br><b>10-14 Uhr</b>          | <b>Mitmach-Aktion Moor renaturieren</b><br>Praktischer Naturschutz zur Wiedervernässung von Mooren. Ort: Köln Dünnwald   |
| <b>Sa. 25.05.</b><br><b>21-00 Uhr</b>          | <b>Nachtextkursion zum Gartenschläfer</b><br>Mit Taschenlampen in den Lebensraum des kleinen Bilches. Ort: Köln  |
| <b>Fr. 07.06.</b><br><b>17 - 19:30 Uhr</b>     | <b>Exkursion in die Welt seltener Tagfalter des Westerwaldes</b><br>Ort: Sportplatz Lippe (Emmerzhausen bei Siegen)  |
| <b>Sa. 15.06..</b><br><b>09:30 - 15:30 Uhr</b> | <b>Botanikkurs kompakt: Wiesen und Weiden</b><br>In dieser Exkursion wird ein allgemeiner Überblick über die Vielfalt der Wiesen- und Weidenpflanzen vermittelt. Ort: BUND Wiesenzentrum, Sankt Augustin |
| <b>So. 11.07.</b><br><b>17 Uhr</b>             | <b>Für Kinder von 8 bis 12: Rund um Schloss Corvey der Natur auf der Spur</b><br>Ort: Schloss Corvey, Höxter   |



Alle Infos: [www.bundconnect.de](http://www.bundconnect.de)

### IMPRESSUM

**Herausgeber:** Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. vertreten durch Holger Sticht, Vorsitzender, Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel. 0211-30 200 5-0, Fax: -26, [www.bund-nrw.de](http://www.bund-nrw.de) • Redaktion und Layout: Dirk Jansen, Geschäftsführer, Tel. 0211-30 200 522, [dirk.jansen@bund.net](mailto:dirk.jansen@bund.net) • Auflage: 24.100 • Druck und Versand: Evers-Druck GmbH, Meldorf • BUND-Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln; Bankencode: BFSWDE33XXX, IBAN: DE26 3702 0500 0008 2047 00 • Hinweis: Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! Nachdruck nur mit Genehmigung des BUND NRW e.V. Das BUND-Magazin erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30.06.2024. © BUND NRW e.V., Mai 2024